

FORUM: Arbeit und soziale Gerechtigkeit

Sibylle Raasch:

Wandel der Arbeitsgesellschaft und Fraueninteresse

Dr. Sibylle Raasch, geb. 1949 in Hamburg, Studium der Rechtswissenschaft und der Soziologie in Hamburg, lehrt Öffentliches Recht an der Hochschule für Wirtschaft und Politik in Hamburg.

Der Arbeitsgesellschaft geht die Arbeit aus! Diese Behauptung schlägt derzeit von Jeremy Rifkin¹ bis zur sächsisch-bayerischen Zukunftskommis-

¹ Vgl. Jeremy Rifkin, Das Ende der Arbeit und ihre Zukunft, Frankfurt/M. 1997.

sion unter Mitarbeit von Ulrich Beck² arbeitsmarkt- und sozialpolitische Sturmwellen. Allerdings relativiert sich diese Behauptung bei genauerer Betrachtung: nur von der Verknappung existenzsichernd bezahlter Erwerbsarbeit ist in Wahrheit die Rede. Ein großer Teil bisheriger Erwerbsarbeit verschwindet auch nicht völlig. Er wird nur rechtlich umorganisiert - weg vom bisherigen Normalarbeitsverhältnis hin zu Beschäftigungsformen, die das bisherige Arbeitsrecht nicht schützt und die vor allem Frauendomänen waren.

Frauen hatten schon immer Probleme mit dem Normalarbeitsverhältnis, wurden von ihm nicht nur durch Geschlechtsdiskriminierung ausgeschlossen, sondern auch strukturell ausgegrenzt: Da die Kehrseite der lebenslangen, vollzeitigen, bezahlten Beschäftigung der einen (d.h. der Männer) im Normalarbeitsverhältnis die unbezahlte Pflege- und Erziehungsarbeit der anderen (d.h. der Frauen) im Privatbereich ist, kann ein Normalarbeitsverhältnis bisheriger Machart niemals auf beide Geschlechter ausgeweitet werden. Dürfen Frauen also gelassen, vielleicht sogar mit gewisser Genugtuung abwarten, wie nun auch den Männern die Normalarbeit ausgeht und ihnen feminisierte Beschäftigungsverhältnisse drohen? Stellt die bisher immer vergeblich eingeforderte Gleichberechtigung sich nun vielleicht im Negativen von selber her?

Auch Frauen haben Erwerbsarbeitsplätze zu verlieren

Wer die Arbeitsmarktentwicklung, gerade in den neuen Bundesländern, aufmerksam beobachtet und die öffentliche Debatte um diese Entwicklung noch aufmerksamer, wird schnell eines Besseren belehrt. Fast zwei Drittel aller Frauen im erwerbsfähigen Alter sind in Deutschland erwerbstätig oder arbeitslos, in den neuen Bundesländern sogar drei Viertel.³ Auch für Frauen gehört außerhäusliche Erwerbstätigkeit inzwischen also zur - in der Vergangenheit mühsam erstrittenen - Normalität, wenn auch nicht in denselben Berufsfeldern und -positionen wie Männer und seltener in der rechtlich privilegierten Form eines Normalarbeitsverhältnisses.

Diese Teilhabe wird derzeit in geradezu dreister Form in Frage gestellt. Faktisch wurde die Frauenerwerbsquote in den neuen Bundesländern von ehemals über 80 Prozent bereits drastisch abgesenkt. Frauen sind dort inzwischen doppelt so häufig von Arbeitslosigkeit betroffen wie Männer.⁴ Öffentlich wird allerdings versucht, diesen Skandal von einem Arbeitsmarktproblem zu einem Fehlverhalten von Frauen umzudefinieren: nicht das Arbeitsplatzangebot sei für Frauen im Osten zu gering, sondern ihre Erwerbsquote sei zu hoch, wobei der Westen die Vergleichsbasis liefern soll. Normalisierung bringe bereits bloßer Zeitablauf, der die Ostfrauen schon von ihrer

2 Vgl. Sächsisch-bayerische Zukunftskommission, Wie die Deutschen zu unternehmerischen Kräften kommen sollen, Abschlußbericht, Leitsätze und Schlußfolgerungen, in: Frankfurter Rundschau vom 2.10.1997, S. 9; Ulrich Beck, Arbeit wird immer unbedeutender, in: die tageszeitung vom 26.11.1997.

3 Vgl. Bundesanstalt für Arbeit (Hrsg.), Arbeitsmarktreport für Frauen, Nürnberg 1994, S. 17.

4 Vgl. Bundesanstalt für Arbeit Arbeitsmarktreport, S. 29.

„übersteigerten Erwerbsneigung“ abbringen werde.⁵ Inzwischen gibt es allerdings Anzeichen, daß auch im Westen die Frauen wieder verstärkt aus dem Arbeitsmarkt gedrängt werden.⁶ Es wird nicht lange auf das Argument gewartet werden müssen, auch hier sei die Frauenerwerbsquote eben „einfach zu hoch“.

Es wäre für Frauen jedoch äußerst riskant, ja unrealistisch, Lebenssinn und soziale Absicherung vorrangig in der Versorgung eines Ehemanns und der Erziehung von Kindern zu suchen: nicht nur, daß das Leben in einer Familie mit Kindern sich derzeit für alle Beteiligten als Armutsrisiko erster Klasse erweist, weil es schon seit langem an einer wirksamen Familienpolitik fehlt. Die Individualisierung und Pluralisierung der Lebenslagen hat dazu geführt, daß Ehe und Kinder das tatsächliche Leben von immer weniger Frauen über immer kürzere Zeit hinweg prägen. Ehe und Mutterschaft sind für heutige Frauen nur eine Lebensoption neben anderen. Die Normalfamilie, in der Vater, Mutter und Kinder in einem Haushalt zusammen leben, ist mit nur noch 30 Prozent der Fälle inzwischen nicht mehr die statistisch häufigste Lebensform in Deutschland, Tendenz fallend. 20 Prozent der Frauen bleiben in den alten Bundesländern unverheiratet, 25 Prozent bleiben kinderlos. Im Osten ist eine solche Entwicklung, noch abgeschwächt, ebenfalls erkennbar. 30 Prozent der heute geschlossenen Ehen dürfte mit Scheidung enden; Tendenz jeweils steigend.⁷ Damit ist die Teilhabe von Frauen an existenzsichernder Erwerbsarbeit kein emanzipatorischer Luxus, sondern existentielle Notwendigkeit.

Umverteilung von Erwerbsarbeit zwischen beiden Geschlechtern

Verknappt sich das Angebot an existenzsichernder Erwerbsarbeit, ist deshalb eine Arbeitszeitverkürzung und -Umverteilung unter Einbeziehung beider Geschlechter erforderlich. Das kann nicht einfach durch individuelle Aktion erfolgen, wie die vergeblichen Bemühungen von Frauen, Männer in ihr Teilzeit-Ghetto hineinzubitten, und das faktische Leerlaufen von Peter Grottians Arbeitsplatzteilungsaktionen in Berlin hinreichend belegen. Es bedarf einer kollektiv organisierten Umverteilung von Erwerbsarbeit, die auch die anderen Formen gesellschaftlich notwendiger Arbeit mit einbezieht. Es müßte übergreifend gesteuert und abgesichert werden durch Tarifverträge, Betriebsvereinbarungen und ein reformiertes Arbeitszeitgesetz. Aber die Umsetzung müßte angepaßt an unterschiedliche betriebliche Situationen und persönliche Lebenslagen über verschiedene Instrumente erfolgen, von der Lebensarbeitszeitverkürzung über ein befristetes Ausscheiden aus dem Erwerbsbereich bis hin zu regelmäßig reduzierter Arbeitszeit.

5 Vgl. Institut der Deutschen Wirtschaft, *Arbeitsame Frauen in Ostdeutschland*, in: *iwd* Nr. 19, 8.5.1997, S. 3; Kommentar zu einer neuen Arbeitsmarktuntersuchung durch das Eduard-Pestel-Institut für Systemforschung/Hannover in Sachsen-Anhalt, *Zu viele Frauen suchen Arbeit*, in: *Frankfurter Rundschau* vom 20.1.1998, S. 5.

6 Vgl. Landesarbeitsamt Nordrhein-Westfalen (Hrsg.), *Frauen und Arbeitsmarkt 1995*. Düsseldorf o. J., S. 6; weniger deutlich auch schon Bundesanstalt für Arbeit, *Arbeitsmarktreport*, S. 28.

7 Vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.), *Die Familie im Spiegel der amtlichen Statistik*, Bonn 1997.

Ermutigend sind in dieser Hinsicht die Erfolge beschäftigungssichernder Arbeitszeitverkürzungen in einzelnen Unternehmen, insbesondere bei VW.⁸ Allerdings verzichteten die Beschäftigten hier nur unter der Drohung massiver Entlassungen auf Arbeitszeit und Einkommen, um vor allem auch den eigenen Arbeitsplatz zu retten. Bis zur Akzeptanz rein arbeitsmarktpolitisch motivierter einschneidender Arbeitszeitverkürzungen dürfte es noch ein längerer Weg sein, wie diverse Widerstände zeigen.⁹ Es lohnt sich jedoch, weiter um Beteiligung und Einsicht zu werben. Denn die Alternative wäre eine krasse gesellschaftliche Polarisierung, in der eine Minderheit von überwiegend männlichen Arbeitsplatzbesitzenden mit guter sozialer Absicherung, aber ausufernden Arbeitszeiten ihre Existenzsicherheit gegen eine Mehrheit nur sporadisch und ungesichert Beschäftigter bzw. gänzlich Arbeitsloser, Männer und Frauen, verteidigen müßte. Das „Beschäftigungswunder USA“ liefert hierfür bereits ein abschreckendes Beispiel.¹⁰

Zeitsouveränität

Wenn sich die Arbeitszeit im Erwerbsbereich verkürzt, steigen die unternehmerischen Flexibilisierungsspielräume. Arbeits- und Betriebszeiten entkoppeln sich noch weiter. Für Frauen ist das eine zwiespältige Entwicklung. Soweit Frauen familiär belastet sind und soziale Unterstützungseinrichtungen fehlen, kollidierten ihre Zeitbedarfe schon immer mit der bisherigen Normalarbeitszeit. Diese Frauen wurden durch die Normalarbeitszeit zum Teil von Erwerbsarbeit geradezu ausgegrenzt. Das Anwachsen der Teilzeitarbeit und anderer diskriminierter Arbeitsformen von Frauen erklärt sich aus diesem Zeitdilemma. Insofern entspricht es durchaus einem Fraueninteresse, wenn die Arbeitszeit ins Gleiten kommt.

Andererseits sind die individuellen zeitlichen Lösungen, welche familienorientierte Frauen (und Männer) für ihre Erwerbstätigkeit gefunden haben, sehr empfindlich für Störungen. Menschen und Familienpflichten möchten ihre individuell gefundenen Zeitlösungen jeweils verstetigen.¹¹ Männer könnten bei unplanbarem, flexiblem Arbeitseinsatz ihr Engagement zu Hause sogar erneut reduzieren.¹² Benötigt wird nicht nur Arbeitszeitflexibilität, sondern auch Planungssicherheit und damit Zeitsouveränität. Hier deckt sich das Interesse von Familienfrauen mit dem von Zeitpionierinnen und Zeitpionieren¹³, die mehr Zeit für sich selber möchten und dafür ihre Erwerbsarbeitszeit reduzieren.

8 Vgl. Markus Promberger u.a., Beschäftigungssicherung durch Arbeitszeitverkürzung, Berlin 1996.

9 Vgl. Markus Promberger u.a., Weniger Geld, kürzere Arbeitszeit, sichere Jobs?, Berlin 1997, S. 165 ff.

10 Vgl. Hartmut Häußermann/Walter Siebel, Dienstleistungsgesellschaften, Frankfurt/M. 1995; Loic J. D. Wacquant, Vom wohltätigen zum strafenden Staat, in: Frankfurter Rundschau v. 12.7.1997, S. 14; Ulrike Fussel, Wie man mit Arbeit ärmer werden kann, in: Frankfurter Rundschau v. 20.1.1998, S. 5.

11 Vgl. die Ergebnisse von Aida Bosch u.a., Gleitzeit: Wieviel Zeitaufonomie ist gefragt?, in: WSI-Mitteilungen 1/1992, S. 51-59, S. 54 u. 56 f.

12 Vgl. Hinweise in Interviews bei Promberger u.a., Weniger Geld, S. 135 (Interviewpartner Nr. 7) und Ute Grobbel, Flexibilisierung und individuelle Zeitsouveränität am Beispiel des neuen Arbeitszeitmodells der Jungheinrich AG, in: Doris Henning u.a. (Hrsg.), Brüche der Zeit, HWP Hamburg 1997, S. 13-27.

13 Vgl. Karl H. Hörning u.a., Zeitpioniere, Frankfurt/M. 1990.

Zeitsouveränität ergibt sich nicht daraus, daß rechtlich bestehende Zeitregelungen ersatzlos wegfallen. Die feste Arbeitszeit sowie die Kernarbeits- und Gleitzeitspannen bisheriger Gleitzeitssysteme wirkten nämlich nicht nur als Schranken zeitlicher Selbstbestimmung Beschäftigter, sie schützten auch vor dem weitgehenden Zugriff des Arbeitgebers oder einem allzu stark verinnerlichten Unternehmensinteresse¹⁴. Hier wird ein Dilemma der Zeitdebatte sichtbar. Einerseits fallen die alten Arbeitszeitschranken im Wechselseiter zwischen Flexibilisierungsbedarf der Unternehmen und Zeitsouveränitätswünschen der Beschäftigten. Andererseits haben sich die Lebensverhältnisse gerade in zeitlicher Hinsicht so stark pluralisiert, daß neue Zeitmuster nicht mehr für alle inhaltlich gleich vorgegeben werden können.¹⁵

Das gilt auch für Frauen als Gruppe. Es kommt deshalb darauf an, unterschiedliche weibliche Lebensbiographien unter Berücksichtigung ihrer auch noch jeweils unterschiedlichen Lebensphasen in einem neuen gesellschaftlichen Zeitkonzept gleichberechtigt und wahlweise nebeneinander zu berücksichtigen. Keinesfalls darf man die Zeitproblematik nur auf die Perspektive einer Mutter mit betreuungsbedürftigen Kindern verengen, wie es auf der Suche nach sogenannten familienfreundlichen Arbeitszeiten allzu leicht geschieht. Auch ist nicht alles, was familienfreundlich ist, zugleich frauenfreundlich, solange die familiären Lasten noch einseitig Frauenlasten sind und Familienfreundlichkeit an diesem Modell festhalten will.

Grundsicherung und Bürgergeld

Wird die Arbeitszeit kollektiv verkürzt, umverteilt und optionalisiert, wird es häufiger als bisher nicht existenzsichernd bezahlte Arbeitsverhältnisse geben, soll die Reform nicht dadurch konterkariert werden, daß Schwarzarbeit zunimmt und dadurch zusätzlich Erwerbsarbeit vom normalen Arbeitsmarkt verschwindet, muß das soziale Sicherungssystem aus seiner engen Verklammerung mit Erwerbsarbeit gelöst werden. Gegenüber denjenigen, die Kinder betreuen und erziehen, also in der Regel den Frauen, war das bisherige Sozialversicherungssystem schon immer ungerecht. Jetzt entstehen neue geschlechterübergreifende Zwänge, über Grundsicherungssysteme und ihre Verzahnung mit parallel geleisteter Erwerbsarbeit nachzudenken.

Zwiespältig ist die Einrichtung eines neuen sogenannten Dritten Sektors zwischen Erwerbsarbeit und Privatarbeit zu beurteilen, wie er z.B. von Jeremy Rifkin, Ulrich Beck und Rainer Zoll vorgeschlagen wird.¹⁶ Hier soll Eigenarbeit, Gemeinwesenarbeit bzw. Bürgerarbeit geleistet werden, die

14 Vgl. Hinweise bei Promberger u.a., *Weniger Geld*, S. 131 u. 135.

15 Vgl. z.B. Promberger u.a., *Weniger Geld*, S. 121, ebenso Manfred Garhammer, *Sozialverträgliche von Arbeitszeiten*, in: Andre Büssing/Hartmut Seifert, *Sozialverträgliche Arbeitszeitgestaltung*, München und Mering 1995, S. 53-79, S. 62.

16 Vgl. Rifkin, Ende; Jens König, Interview mit Ulrich Beck, Mutter Theresa und Bill Gates in einer Person, in: *die tageszeitung* v. 2.1.1998, S. 7, Rainer Zoll, *Bürgereinkommen im Tausch gegen soziale Dienste*, in: *Gewerkschaftliche Monatshefte* 1/1998, S. 26-35.

durch Anerkennung und ein sogenanntes Bürgergeld honoriert, aber nicht wie Erwerbsarbeit voll entlohnt wird. Es muß nachdenklich stimmen, daß in den Beispielskatalogen einerseits viele Tätigkeiten auftauchen, die bisher Frauen Erwerbsarbeit boten, andererseits gerade die Betreuung eigener Kinder oder die Pflege Angehöriger nicht einbezogen wird. Hier droht die Gefahr, daß bisherige Frauenarbeit in eine schlechter bezahlte Kategorie von Arbeit im Dritten Sektor absinken wird, um Männern ohne Erwerbsarbeit eine ihrem bisherigen Verständnis von Arbeit noch annäherungsweise entsprechende Betätigung zu geben, während im Bereich der privaten Reproduktionsarbeit alles beim alten bleibt.

Andererseits betrifft das Leben in familiären Strukturen, wie dargestellt, nicht mehr alle Gesellschaftsmitglieder. Bisher haben die meisten Arbeitslosen, Männer allerdings mehr als Frauen, große Schwierigkeiten, ihre Zeit ohne Erwerbsarbeit neu zu strukturieren und als wertvoll zu erleben.¹⁷ Mit Ehrenämter, Ersatzdienst, Sozialem Jahr und freien Projekten gibt es bereits unübersehbar engagierte, gesellschaftlich unentbehrliche Bestätigungen jenseits der Lohnarbeit. Deshalb lohnt es sich letztlich doch, über konkrete Ansätze auch in diesem Feld nachzudenken. Wenn weniger im Erwerbsbereich gearbeitet werden soll und auch Familienarbeit keine Perspektive für alle Gesellschaftsmitglieder darstellt, wenn nicht alle plötzlich künstlerisch tätig werden wollen und können, dann müßte doch ein neues Feld sinnvoller Bestätigung zwischen Arbeit und Freizeit ausgebaut und sozial abgesichert werden. Allerdings müßte private Kindererziehungs- und Pflergetätigkeit ebenso anerkannt und ökonomisch abgesichert werden wie diese neue Bürgerinnen- und Bürgerarbeit.

Das angebliche Ende der Arbeitsgesellschaft ist aus Frauensicht also vor allem ein Anlaß, den Anfang einer neuen geschlechterparitätisch strukturierten Gesellschaftsordnung offensiver als bisher einzufordern.¹⁸ Es bleibt zu hoffen, daß bei dieser Gelegenheit nicht nur neue Solidarität zwischen Beschäftigten und Arbeitslosen, sondern auch zwischen Männern und Frauen entsteht. Die Anknüpfungspunkte wären eigentlich da, weil bisherige Frauenprobleme und -forderungen in Zukunft auch Männer stark betreffen werden.

17 Vgl. schon Marie Jahoda u.a., Die Arbeitslosen von Marienthal, Frankfurt/M. 1975: erneut bestätigt in Petra-Anna Hesse, Arbeitslosigkeit: Veränderung der Zeitstrukturen bei Jugendlichen, in: Henning u.a. (Hrsg.), Brücke, S. 77-86.

18 Vgl. auch die Analyse der Entwicklung in den neuen Bundesländern von Hildegard Maria Nickel, Gewerkschaftskritischer Biß wäre vonnöten, in: Frankfurter Rundschau v. 20.1.1998, S. 10.